



PETER GUT

REFERENDUM – BRUM BRUM?

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Die Einheitswährung funktioniert nicht

«Scheitert der Euro, scheitert Europa», liess sich Angela Merkel in diesen Tagen mehrmals zitieren (NZZ 30. 6. 15). Nur, der Euro ist bereits gescheitert. Er ist meines Erachtens leider in dieser Form eine Fehlkonstruktion. Bei der Konstruktion des Euro wurde am Dach begonnen, anstatt zuerst ein solides Fundament zu bauen. Unter Fundament verstehe ich, zuerst die nötigen Voraussetzungen für eine funktionierende Einheitswährung zu schaffen, nämlich die politische und fiskalische Union mit einer Regierung, einer Notenbank und einer Zins- und Geldpolitik. Das Vereinigte Europa eben. Dabei hätten die einzelnen Länder auf einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität freiwillig verzichten müssen. Erst dann hätte eine Einheitswährung eingeführt werden dürfen.

Für die Stabilität unter den wirtschaftlich unterschiedlich starken Ländern hätte ein automatischer Finanzausgleich, analog zur Schweiz unter den Kantonen oder Deutschland unter den Bundesländern, sorgen müssen. Nur so wäre das Funktionieren einer Einheitswährung gewährleistet gewesen. Aber man wollte offensichtlich den umgekehrten Weg gehen: über die Einheitswährung die politische Union erzwingen. Schuld am heutigen Schlamassel sind die unfähigen und sich selbst masslos überschätzenden EU-Päpste Martin Schulz, Jean-Claude Juncker und deren Vorgänger. Anstatt weitere Kredite sprechen zu wollen, welche an unsinnige Auflagen geknüpft sind, müsste man endlich einsehen, dass die Einheitswährung Ländern wie Griechenland, Portugal oder

Spanien die Luft zum Atmen nimmt. Wenn die EU wirklich helfen will, dann unterstützt sie Griechenland für einen geordneten Austritt aus dem Euro und sorgt mit finanzieller Hilfe für eine einigermassen abgefederte Landung in die eigene neue Landeswährung Drachme, welche den Griechen erlaubt, wieder eine eigene, auf ihre persönlichen Bedürfnisse ausgerichtete Geld- und Währungspolitik zu betreiben. Nur so kann sich Griechenland langsam erholen und langfristig wieder Wachstum generieren. Schliesslich wäre es an der Zeit, den Steuerzahlern in der EU und der Schweiz reinen Wein einzuschenken und endlich öffentlich zugeben, dass all die gesprochenen Griechenland-Kredite nur noch Makulatur und das Papier nicht wert sind, auf dem die Kreditverträge geschrieben wurden.

Claudio Bachmann, Basel

Ruf Britannia

Was und wer auch immer die Schuld trägt, Griechenlands Bevölkerung leidet wirtschaftlich. Institutionelle Blockaden scheinen Wandel zu verunmöglichen. Weder jüngste griechische Regierungen noch die Institutionen der Euro-Zone konnten die Dinge in Griechenland nachhaltig verbessern. Wenn ich Grieche wäre, würde ich in Erwägung ziehen, Britannien um Rat zu bitten. Grossbritannien ist ein europäisches Land, das für seinen Pragmatismus, gesunden Menschenverstand und seine volkswirtschaftliche Perspektive bekannt ist. Darüber hinaus hat Grossbritannien eine lange und breite Erfahrung mit unterschiedlichen Gesellschaften und hat Institutionen in sehr verschiedenen kulturellen Umfeldern rund um den Erdball geschaffen. Dies trifft auch für Zypern zu, ebenso für Deutschland nach Europas grösster Krise im 20. Jahrhundert.

Sollten die Griechen nach dem Referendum am kommenden Sonntag nach einem neuen europäischen Partner suchen, um die Blockade zu durchbrechen, könnten sie das Vereinigte Königreich als Vermittler oder gar als Architekten für einen neuen institutionellen Rahmen in Erwägung ziehen. Als ein Land, das sowohl wirtschaftlich erfolgreich als auch mit Überzeugung nicht Teil der Euro-Zone ist, könnte Grossbritannien

Griechenland zu einem neuen Start verhelfen, bei dem Griechenland möglicherweise die Euro-Zone in Würde verlässt. Falls Grossbritannien dadurch seine Fähigkeit beweist, flexibler mit einer Krise umzugehen als die derzeitigen Institutionen der Europäischen Union, könnte dies ein grosser Moment sowohl für Grossbritannien als auch für Europa werden.

Dr. Patrick A. Puhani
Professor für Volkswirtschaftslehre
Leibniz-Universität, Hannover

Wie verlässlich ist das Parlament?

Die Griechen haben total 16 Prozent des BIP eingespart, und unsere Politiker können von dieser positiven Sparleistung lernen, wie der NZZ-Kommentar ausführt (NZZ 25. 6. 15). Dieser Ratsschlag ist treffend, denn die Mehrheit der Ständeräte übernahmen ohne zu zögern auch die negativen Seiten der Griechen. Das Gesetz zum Finanzausgleich besagt, dass bei Erreichen der 85% der durchschnittlichen Ressourcenausstattung in den Kantonen die Transferzahlungen angepasst werden müssen. Die Mehrheit der Pfründe-Sicherer im Ständerat haben dies nicht gehalten und verletzt den wichtigsten Grundsatz im Recht (Pacta sunt servanda). Die Verlässlichkeit hat sträflich abgenommen. Votieren diese Ständeräte bei der nächsten Sparrunde für die Übertretung der Schuldenbremse?

Benedikt Reichlin, Unterägeri

Schönerer Lebensabend

Eine Wohn-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtung in Thailand (NZZ 27. 6. 15) sieht auf den ersten Blick nach «Auslagerung» von kostenintensiven und auch emotional belastenden Patientengruppen aus. Eine genauere Prüfung dieser Idee tut aber not. Demenzkranke bringen unser Betreuungssystem, unsere Alltagsabläufe und unsere Personalplanung durcheinander. In den Pflegeheimen hierzulande ist tagsüber das meiste

Politik am Gängelband

Zwischen Wirtschaftsverbänden und Politik braucht es wieder mehr Distanz. Von Christina Neuhaus

Im KMU-Rating des Forums Zürich liegt der SVP-Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt «einsam an der Spitze». Das Resultat, das der Vorsitzende der Vereinigung kürzlich an einer Medienkonferenz verkündet hat, beruht auf Abstimmungskontrolle. Die Dachorganisation der Zürcher Wirtschaftsverbände liess das Abstimmungsverhalten der Ständeratskandidaten auswerten, um sie dann nach Wirtschaftsfreundlichkeit zu sortieren. Zurück blieben neben Hans-Ueli Vogt der FDP-Ständeratskandidat Ruedi Noser und Barbara Schmid-Federer von der CVP – just die Kandidaten jener drei Parteien, die von den Wirtschaftsinstitutionen seit Jahren grosszügige Wahlkampfunterstützung erhalten.

Auf ein Programm eingeschworen

Da Noser wohl nicht mit Vogt will und die CVP-Kandidatin derzeit noch so etwas wie das fünfte Rad am Wagen ist, hat das Forum vorerst darauf verzichtet, eine gemeinsame Wahlkampagne zu lancieren. Programm ist die Einmischung des Dachverbands in die Zürcher Exekutivwahlen dennoch: Der Touringclub ist deshalb kürzlich aus der Vereinigung ausgetreten. Mag sein, dass den TCS nicht nur die Sorge um die politische Unabhängigkeit umtrieb. Doch der Schritt macht deutlich, wie stark die Verbandelung zwischen den drei bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft in den letzten Jahren geworden ist. Seit Jahren organisiert und finanziert das Forum Zürich die Wahlkämpfe der Bürgerlichen. Diese hatten sich so lange gegenseitig behindert, dass es den Wirtschaftsverbänden zu dumm wurde. Um den Vormarsch von Rot-Grün zumindest zu verlangsamen, organisierten sie erfolgreiche Dachkampagnen. In der Stadt zogen SVP, FDP und CVP 2014 unter dem Wahlspruch «Top 5» zum ersten Mal seit zwanzig Jahren geieint in die Exekutivwahlen. Ein Jahr später gelang das Kochrezept erneut: Am Wahltag konnten fünf zufriedene Bürgerliche in die Kamera lächeln, während ein grüner Regierungsrat sein Bündel packen musste.

Die Ernüchterung über die Erfolge kam kurz danach. Weil die Wirtschaftsverbände ihre Ansprüche an die Kandidaten in einem mehrere Punkte umfassenden Programm zusammenzustellen pflegen, auf das sich die Politiker einschwören müssen, kommt es regelmässig zu Mini-Eklats. In der Stadt sprach Filippo Leutenegger plötzlich mehr von Veloförderung als von Parkplätzen, und im Regierungsrat warnten zwei ehemalige «Top 5»-Kandidaten öffentlich vor den Gebühreninitiativen des Gewerbe- und des Hauseigentümerverbands, die sie im Wahlkampf noch unterstützt hatten.

Ziemlich dunkel

Dass sich gewählte Regierungsmitglieder anders verhalten als Kandidaten, ist nicht neu, dass die Wirtschaft mehr auf die Bürgerlichen setzt als auf Rot-Grün, auch nicht. Doch die Wirtschaftsverbände haben ihren Einfluss in den letzten Jahren stetig ausgebaut, wie eine Studie der Zürcher Forschungsstelle Sotomo 2012 aufzeigte. Mit anderen Worten: Nicht mehr die Parteien alleine, sondern die Wirtschaft und ihr Geld entscheiden zunehmend darüber, welche politischen Schwerpunkte gesetzt und welche Kandidaten ins Rennen geschickt werden. Dies nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf kantonaler: Der einflussreiche Zürcher Gewerbeverband etwa investiert heute mehr als ein Drittel der Mitgliederbeiträge in politische Lobbyarbeit. 2010 war es noch ein Fünftel. Wirft man dann noch einen Blick auf die personellen Verflechtungen, lässt sich das Ausmass der Einflussnahme nicht mehr ignorieren: Da sitzen Parteipräsidenten im Vorstand von Wirtschaftsdachverbänden, während Direktoren von Wirtschaftsverbänden in Parlamenten amten. Die vielgepriesene Vernetzung ist so engmaschig geworden, dass ein Filzgeflecht zu entstehen droht. Darunter ist es zwar warm, aber ziemlich dunkel.

Betreuungspersonal vorhanden. Da, wie im Bericht geschildert, die Betroffenen oft den typischen Tag-Nacht-Zyklus nicht mehr so durchleben oder auch einfach spät ins Bett wollen, besteht eben auch spätabends oder nachts hoher Personalbedarf. Damit die «Spätschicht» noch möglichst wenig wache Bewohner betreuen muss und damit die Nacht möglichst ruhig bleibt, werden die Patienten nicht selten mit Schlafmedikamenten und Neuroleptika eingedeckt, da ja Demenzkranke auch aggressiv seien. Dass die Aggressionen oft auch Ausdruck von Unzufriedenheit sind über die Tatsache, dass Bedürfnisse nicht ernst genommen werden, wird von Pflege und Heimleitung inklusive gewisser Berufskollegen grosszügig übersehen. Klar kritisieren also Heimleiter in unserem Land solche innovative und auf die

Bewohner ausgerichtete Institutionen im Ausland, der Neid der dahintersteckt, spricht förmlich aus solchen Aktionen.

Ich bin überzeugt, dass es für Demenzkranke, die sich zu aktiveren Zeiten ebenfalls schon mit der thailändischen Kultur auseinandergesetzt und das Land bereist haben, ein schönerer Lebensabend ist als derjenige, der sie in einem schweizerischen Pflegeheim erwartet, sofern die Betreuung dort wirklich so empathisch und auf die Bedürfnisse angepasst stattfindet, wie es im Bericht geschildert wird. Und wer die sprachliche Verständigung noch als Einwand sieht, der war wohl noch nie in einem schweizerischen Pflegeheim, denn hierzulande wird auch nur noch selten in der Muttersprache des Patienten kommuniziert.

Michael F. Bagattini, Hausarzt, Zürich

AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch